

10.06.2008

Antrag

der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

Jugend braucht sichere Perspektiven - Pakt mit der Jugend gibt der Jugendpolitik neue Impulse und fördert soziale Verantwortung junger Menschen

I. Der Landtag stellt fest:

Unsere Gesellschaft befindet sich in Zeiten des demografischen Wandels im Umbruch. Ökonomische, soziale aber auch kulturelle Bedingungen ändern sich und mit ihnen die Rahmenbedingungen für gelingendes Aufwachsen. Auch das Verhältnis der Generationen zueinander befindet sich im Wandel. Während die Zahl der älteren Menschen stetig zunimmt und die Gruppe der über 65-Jährigen im Jahr 2025 23,7 % der Gesamtbevölkerung ausmacht, sinkt mit weiter steigender Tendenz die Zahl der unter 18-Jährigen dramatisch. Im Jahre 2025 wird ihr Anteil nur noch rd. 17,5 % an der Gesamtbevölkerung ausmachen und weiter sinken.

Chancen nutzen

Mit dem demografischen Wandel sind neue Herausforderungen und neue Chancen verbunden. Es sind nicht nur ökonomische, sondern gerade auch bildungs- und sozialpolitische Herausforderungen, die es im Interesse der Jugend zu lösen gilt, um ihr **bestmögliche Chancen für die Zukunft** zu geben. Viele Jugendliche meistern den Sprung ins Erwachsenenalter und sind optimistisch, dass sie für sich eine gute Perspektive entwickeln können. Junge Menschen haben tatsächlich heute so gute Lebenschancen wie keine Generationen vor ihnen - allerdings nur unter der Voraussetzung bester Qualifikation. Die Realität zeigt dabei, dass es trotz der positiven Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt Teile der nachwachsenden Generation schwerer haben, passende und vor allem sichere Berufsperspektiven zu entwickeln. Es ist gut, dass die heutige Jugend sich eher pragmatisch an die Lösung der Anforderungen begibt. Dies zeigen tagtäglich hunderttausende junger Menschen, die ihren Alltag meistern.

Auf junge Menschen kommen heute mehr Anforderungen an die eigenen Kompetenzen zu. Die Jugendlichen müssen immer mehr Entscheidungen in eigener Verantwortung treffen. Dabei erfahren sie Zuversicht, aber auch Hemmnisse, die verunsichern. Tradierte Orientierungen verlieren ihre Bindungswirkung, neue Anforderungen an ein gelingendes Aufwachsen

Datum des Originals: 10.06.2008/Ausgegeben: 10.06.2008

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

und soziale Integration in die Erwachsenengesellschaft entstehen. Vor allem im Bildungsbereich, in der Freizeit und im Rahmen sozialer und kultureller Angebote sind neue Chancen und Möglichkeiten entstanden. Die Vielfalt der Handlungsoptionen für junge Menschen und eine große Freiheit in eigenen Entscheidungen prägen das Jugendalter heute so stark wie kaum jemals zuvor. Für den Landtag ist dies eine zivilisatorische Errungenschaft.

Risiken minimieren

Festzustellen ist allerdings, dass nicht allein Chancen den Jugendalltag prägen, sondern auch Risiken. Hierzu gehören mangelnde Schulausbildung ebenso wie materielle Armut, soziale Benachteiligung und unkritischer Medienkonsum. Jugendliche haben mitunter Ängste vor chancenreichen Entwicklungen wie der Globalisierung und dem Wandel in die Wissensgesellschaft. Mit Sorge sieht der Landtag, dass Bildung als die entscheidende Bedingung für soziale und wirtschaftliche Entwicklung nicht allen Jugendlichen gleichermaßen zukommt. Diese Erfahrung macht derzeit jeder 10. Hauptschüler, der ohne Abschluss die Schule verlässt. Die größte Gruppe unter ihnen sind junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Sie haben es besonders schwer, eine sichere Berufs- und Lebensperspektive für sich zu entwickeln. Hier ist die Politik gefordert, **bessere Rahmenbedingungen zu schaffen und Hindernisse zu überwinden**.

Partizipation junger Menschen fördern

Ein zentrales Anliegen junger Menschen ist die **Teilhabe an den sie betreffenden Entscheidungen**. Ein großer Teil junger Menschen steht für soziales Engagement und Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung. Sie tun dies an ganz unterschiedlichen Orten - in der Schule, in Jugendorganisationen, in Feldern des Umweltschutzes und der Kirche. Nach wie vor gilt dies für jeden dritten Jugendlichen. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass die Distanz zur etablierten Politik und zu den Parteien wächst: Ihre Prozesse, Strukturen und Ziele werden vielfach nicht mehr verstanden. Leit- und Vorbilder findet die Jugend vielmehr in anderen Bereichen, in der Musik, im Sport, in den Medien, aber auch in der Kirche.

Jugendpolitische Aktivitäten bündeln und neu akzentuieren

Angesichts dieser Entwicklungen sieht der Landtag die Notwendigkeit, die jugendpolitischen Aktivitäten der Landesregierung und vor allem den Alltag junger Menschen und die damit verbundenen Anforderungen an eine „**Jugendpolitik für alle**“ **neu zu akzentuieren**. Eine Jugendpolitik, die sich der sozialen Gerechtigkeit, dem Ideal von Freiheit in Verantwortung und der Öffnung der Vielfalt der Chancen für alle Jugendlichen verpflichtet fühlt, bedarf eines zielgenauen und vor allem an den Stärken junger Menschen ansetzenden Handlungskonzeptes. Dabei kommt der **Förderung der Bildungschancen, der kulturellen und sozialen Kompetenz sowie der Teilhabe eine zentrale Bedeutung** zu.

Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung in ihren politischen Entscheidungen auf den gesellschaftlichen Wandel reagiert und neue Handlungs- und Fördermöglichkeiten entwickelt hat. Er hebt insbesondere folgende Maßnahmen und Aktivitäten hervor:

- *Bessere Bildungsangebote für benachteiligte Jugendliche:* Die Zahl der Jugendlichen, die die Schule meistern und über einen guten Schulabschluss verfügen, ist gewachsen. Dabei orientiert sich die Förderung der individuellen Bildungsmöglichkeiten an besonderen Zielgruppen. Beispielhaft zu nennen ist die Schaffung von neuen Kompetenzzentren an Förderschulen, die Stärkung der Hauptschulen mit einem hohen Anteil Jugendlicher mit Zuwanderungsgeschichte und sozial benachteiligten Jugendlichen durch mehr Lehrer und der Ausbau der Ganztagschulen in der Sekundarstufe I.

- *Mehr Schulsozialarbeiter:* Die Einstellung zusätzlicher Schulsozialarbeiter auf Lehrerstellen in Hauptschulen dient dem Ziel der sozialen Förderung, der Elternberatung und der Unterstützung bei Alltagskonflikten.
- *Besserer Übergang von der Schule in den Beruf:* Erreicht wurde auch das Ziel, mehr Jugendliche in Ausbildung zu bringen und somit den Übergang von der Schule in den Beruf zu erleichtern. Im Mai 2008 lag die Anzahl der Arbeitslosen im Alter unter 25 Jahren in Nordrhein-Westfalen um 9.300 oder 11,9 Prozent niedriger als noch vor einem Jahr. 2007 wurden in Nordrhein-Westfalen 132.000 neue Lehrverträge abgeschlossen, das waren über 16.400 bzw. 14,1 Prozent mehr als im Vorjahr.
- *Bessere Bildungschancen von Anfang an:* Durch den massiven Ausbau der offenen Ganztagsgrundschule werden neue Chancen für junge Menschen bereits in der Primarstufe geschaffen. Durch ein ganzheitliches Konzept der Bildung, Erziehung und Betreuung ist es gelungen, mehr an individueller Bildungsförderung zu erreichen. Heute nehmen rund 180.000 Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren das Angebot der offenen Ganztagsgrundschule an rund 2.900 Schulen wahr.
- *Schwerpunkt Kinder- und Jugendförderplan:* Mit dem Kinder- und Jugendförderplan ist es gelungen, die Förderung der Arbeit der Organisationen und Institutionen der Kinder- und Jugendarbeit zu stärken und auf eine sichere Grundlage zu stellen. Gerade die Jugendverbände, die offene, kulturelle und die Jugendsozialarbeit leisten einen zentralen Beitrag zur Förderung von jungen Menschen. Durch den gezielten Abbau von Bürokratie wurde bei allen Akteuren neuen Ressourcen für Kinder- und Jugendarbeit freigesetzt.
- *Schwerpunkt Partizipation:* Durch eine deutliche Erhöhung der Mittel können auch mehr Ansätze der direkten Teilhabe junger Menschen gefördert werden. Partizipation wird zunehmend vor Ort als Chance für alle Beteiligten erkannt. In rund 31 Kommunen bestehen inzwischen Jugendräte und das Engagement in zahlreichen anderen Formen der Partizipation wächst.
- *Schwerpunkt kulturelle Bildung:* Die Umstellung der Förderung der kulturellen Kompetenzen führt zu mehr Beteiligung an kultureller Förderung im schulischen und außerschulischen Bereich. Dabei geht es nicht nur um die Förderung von Talenten, es geht insbesondere darum, jedem die Chance zu eröffnen, seine kulturellen Stärken zu erkennen. Neben den Musikschulen fördert das Land auch die Jugendkunstschulen und zahlreiche Arbeitsgemeinschaften, die die kulturelle Förderung zu ihrem Schwerpunkt gemacht haben.
- *Schwerpunkt politische Bildung:* Durch eine Intensivierung der politischen Bildung konnten mehr Impulse für unsere Demokratie und die Herausbildung des demokratischen Bewusstseins und Engagements gegeben werden. Neben der Landeszentrale für politische Bildung haben auch die Jugendorganisationen hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet.

"Pakt mit der Jugend" als innovatives Instrument der Jugendpolitik

Der Landtag hält es für erforderlich, diesen Weg der Eröffnung neuer Chancen durch eine aktive und offensive Jugendpolitik weiter zu gehen. Er begrüßt, dass die Landesregierung gemeinsam mit den bestehenden Landesarbeitsgemeinschaften der Jugendarbeit und dem Landesjugendring als Gesamtorganisation von 22 Jugendverbänden den „**Pakt mit der Jugend**“ geschlossen hat. Der "Pakt mit der Jugend" bietet die Möglichkeit, gemeinsam mit

Jugendlichen auf den gesellschaftlichen Stellenwert junger Menschen aufmerksam zu machen, die Sensibilität für die besonderen Anliegen Jugendlicher zu stärken und so neue Chancen und Möglichkeiten zu mehr Selbstentfaltung und Engagement zu eröffnen. In besonderer Weise gilt dies für mehr Teilhabe an allen junge Menschen betreffenden Entscheidungen im politischen und gesellschaftlichen Raum.

Deshalb werden im Pakt mit der Jugend die **jugendpolitischen Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen erstmals gebündelt** und können auf dieser Grundlage stetig weiterentwickelt und an die Bedürfnisse der Jugendlichen angepasst werden.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. den Weg neuer Chancen und Möglichkeiten durch eine **stärkere Förderung von Bildungsmöglichkeiten im außerschulischen Bereich** offensiv weiter zu gehen und dabei vor allem ein Konzept zur engeren Zusammenarbeit unter Beteiligung aller Verantwortlichen zu erstellen.
2. den „Pakt mit der Jugend“ so auszugestalten, dass junge Menschen mehr und **mehr an konkreten Teilhabeprojekten mitwirken** und neue Impulse für zukunftsorientierte Partizipation entwickeln. Dabei sollen Kinder und Jugendliche in den Kommunen altersgerecht beteiligt werden: Dies erfordert unter anderem die Information kommunalpolitischer Akteure über Beteiligungsmöglichkeiten, Unterstützung von Projekten mit Modellcharakter und Etablierung eines Erfahrungsaustauschs;
3. das **Zusammenspiel aller an der Bildung, Erziehung und Betreuung junger Menschen Beteiligten zu verbessern** und dabei insbesondere die Organisationen und Einrichtungen der Jugend stärker einzubeziehen.
4. die Ansätze in der Kinder- und Jugendarbeit, die sich verstärkt an junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte richten und so die **soziale und kulturelle Integration erleichtern**, stärker zu fördern.
5. die **Kommunen zu ermuntern**, einen eigenen Beitrag im Rahmen des „Paktes mit der Jugend“ zu entwickeln.
6. über die Ergebnisse der Neuakzentuierung der Jugendpolitik dem Landtag zum Jahresende einen **Bericht** vorzulegen.

Helmut Stahl
Peter Biesenbach
Ursula Doppmeier
Marie-Theres Kastner

und Fraktion

Dr. Gerhard Papke
Ralf Witzel
Christian Lindner

und Fraktion